

Das Diktat Hindenburgs: Bürgerblut

Marx mit der Bildung einer Rechtsregierung beauftragt. Das Zentrum vor dem Umfall

Marx Bürgerblutkanzler

Berlin, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Zu Fortführung der auf Bildung einer Regierung der Mitte gerichteten Bemühungen hatte Marx gestern morgen mit dem Führer der Volkspartei, dem Abgeordneten Scholz, eine Besprechung, in der ihm dieser erklärte, daß die Volkspartei die Bildung eines Kabinetts der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten für unmöglich halte. Die Volkspartei stehe auf dem Standpunkt, daß nur ein Bürgerblut in Frage kommen könne. Marx schloß sich dieser von Scholz vertretenen Auffassung an und begab sich zu Hindenburg, um ihm formell den Auftrag zur Regierungsbildung zurückzugeben. Wenige Stunden später erhielt Marx von Hindenburg erneut den Auftrag, die Bemühungen um die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen fortzusetzen. Gleichzeitig richtete Hindenburg an Marx folgenden Brief:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die augen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstage stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einschluß der Linken ist, zurzeit wenigstens, nicht möglich; der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert. Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages mit zureichender Beistimmung zu übernehmen.

Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages, persönliche Bedenken und Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Führung zusammenzuschließen und sich in einer Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise die anderen Staatsnotwendigkeiten, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen, zu wahren, und in dem Bestreben, dem gesamten deutschen Volke in allen seinen Schichten zu dienen, die vor uns stehenden wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen. Mit der Beförderung meiner besonderen Berücksichtigung bin ich

Ihr ergebener

Gen. v. Hindenburg.“

Hindenburg fordert, das ist der Sinn des Briefes, die Bürgerblutregierung unter Einschluß der Deutschnationalen. Dieser Eingriff Hindenburgs, die Aufforderung zur Bildung des Reichskabinetts, ist ein weiterer Schritt zum Diktaturregime in Deutschland. Natürlich hat Marx diesen Auftrag angenommen und ist bereit, mit den Deutschnationalen zusammen eine Regierung zu bilden. Die Zentrumsfraktion, deren Zustimmung zu dieser Regierung des Bürgerbluts unbedingt erforderlich ist, hat gestern abend zur Lage Stellung genommen und beschlossen, „trotz schwerer Bedenken“ den Deutschnationalen innen- und außenpolitische Richtlinien vorzulegen, zu denen sie sich äußern sollen. Die bürgerliche Presse meldet, daß Hindenburg an Marx erteilten Auftrages keine Rede sein könne. Die demokratische Partei hat zwar erklärt, daß sie an einer Bürgerblutregierung nicht teilnehmen werde, diese angebliche Abneigung der Demokraten hindert die Fraktion jedoch nicht, ein solches Kabinett des Bürgerbluts zu unterstützen. Außerdem sollen auch Geckler und wahrscheinlich auch der General Reinhardt im Amt verbleiben.

Das kurze Zwischenstück, das durch den SPD-Beschluß für die Unterzeichnung einer Mittelregierung eingetreten war, ist bereits zu Ende. Auch die vollständige Kapitulation der SPD-Fraktion, auch die Bereitschaft, selbst einen Geckler zu wählen, hat ihnen nicht geholfen. Bereits am Mittwoch nachmittags hat die Reichstagsfraktion der Volkspartei in Kenntnis des Beschlusses der SPD-Fraktion beschlossen, ihren Führer, den Abgeordneten Scholz, mit der Weiterführung der Verhandlungen auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse, d. h. der Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts, fortzuführen.

Lenin und der Staatsapparat

Einmal, im September 1921, als Wladimir Iljitsch durch die zufällige Verzögerung der Abendung eines seiner Briefe böse geworden war, traf er folgende schriftliche Verfügung:

- „Ich verfüge:
1. Die Abendung jedes Dokumentes oder jeder Sendung, die ich abgehen lasse, persönlich durch die diensttuende Sekretarin zu kontrollieren (dieser hat für den Fall ihres Wegganges eine Vertreterin zu bestimmen und sich aus diesem Anlaß auch mit den Telefonistinnen, deren Dienst 24 Stunden ohne Unterbrechung läuft, in Verbindung zu setzen).
 2. Sie hat zu kontrollieren, ob alle Aufschriften (mit eigener Hand, die Bezeichnung eilig und die Formel der Empfangsbefähigung auf dem Kucerk, usw.) angebracht wurden.
 3. Ob die Sendung sofort dem Boten übergeben wurde.
 4. Unbedingt telefonisch bei dem Adressat anzufragen und den Empfang zu kontrollieren.
 5. Mir das mit der Empfangsbefähigung versehenen retournierte Kucerk vorzulegen.
 6. Die gleichen Vorschriften auch durch die Telefonistinnen in der Telefonzelle ausführen zu lassen, falls die Aufträge in der Zeit, in der die Sekretarin abwesend ist, an sie übermittelt werden.“

Wenn Wladimir Iljitsch jemand zum Empfang vorgehen hatte, so mußte man sich persönlich telefonisch mit dem Betreffenden ins Benehmen setzen, mußte eine halbe Stunde vor dem festgesetzten Empfang die Bestätigung einholen, rechtzeitig den Postierknecht in den Krcml, sowie in das Gebäude des Rates der Volkskommissare befragen und feststellen, ob der betreffende rechtzeitig gekommen ist, ob er nicht im Krcml herumirrt und irgendwo an den Durchflüssen aufgehalten worden ist. Pünktlich zur festgesetzten Stunde wurde er dann von Wladimir Iljitsch empfangen. Falls er jedoch durch den Empfang irgendeiner anderen Person einige Minuten länger aufgehalten wurde, so gab er unbedingt Auftrag, sich zu entschuldigen und den Betreffenden zu bitten, fünf bis zehn Minuten zu warten.

Im April 1920 kam ich, zusammen mit dem Genossen Serebrow (ein früherer Arbeiter der Fabrik Sornow) zum Empfang zu Wladimir Iljitsch. Es warteten ungefähr 5 bis 6 Leute. Da ich annahm, daß das „wichtige Personen“ sind,

Der letzte Anbiederungsversuch der Sozialdemokraten hat auf niemand mehr Eindruck gemacht. Uebereinstimmend stellt die gesamte bürgerliche Presse fest, daß es keine andere Perspektive mehr gibt, als die des Bürgerbluts. Das Zentrum steht vor dem Umfall, der mit Sicherheit für die nächsten Tage zu erwarten ist. Dafür spricht auch die mehr als vorläufige Formulierung der Germania in ihrer Donnerstag-Morgenausgabe, die zu dem vorkommenden Beschluß folgendes schreibt:

Das Communiqué der Deutschen Volkspartei soll offenbar besagen, daß ihr das einseitige Eingehen von Bindungen nach links zurzeit nicht akzeptabel sei. Aber ein solches Eingehen von linken Bindungen steht ja auch gar nicht zur Debatte... Es scheint uns wünschenswert, daß in einer mündlichen Besprechung zwischen einer Anzahl führender Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei diese Tragweite der politischen Entscheidung der Deutschen Volkspartei mehr erläutert werde.“

Das bedeutet, daß das Zentrum trotz der eindeutigen Absehung einer Bindung nach links durch die übrigen Parteien bereit ist, weiter zu verhandeln. Daß das nur in der Richtung auf die Bildung des Bürgerbluts geschehen kann, ist klar. Auch der Vorwärts spricht schon von der Möglichkeit des Umfalls des Zentrums.

Nebenher geht der Kampf um Geckler. Nachdem gestern allgemein angenommen wurde, die Demokraten würden einen klaren Beschluß zum Fall Geckler angeht der Affäre Reinhardt dahingehend fassen, daß sie eine Rückkehr Gecklers in die Regierung unter allen Umständen ablehnen, wird heute eine mehr als schmachvolle Entscheidung der Demokraten veröffentlicht, in der zunächst die Sympathien der Demokraten für die Reichswehr betont und eine Mißbilligung lediglich gegen den General Reinhardt, der diese nationale Einstellung der Demokraten geltend habe, ausgesprochen wird, ohne daß mit einem

Fort mit dem Reichstag der Impotenz

Bürgerblutdiktatur oder Reichstagsauflösung?

KPD Berlin, den 20. Januar 1927.

Nach wochenlangem Hüßchen und Schacherei über die Bildung einer neuen Reichsregierung ist man heute von einer Lösung der „Krisenlösung“ weiter entfernt als je. Im Reichstag herrscht heute in den Fraktionszimmern und in den Verhandlungen schwere Depression und Durcheinander. Ein Gerücht folgte dem anderen. Marx ist indessen nur eins: abgesehen von den Hoffnungen auf eine Regierung der Großen Koalition nun auch der Marx-Bürgerblut der Mitte mit stiller Unterstützung der Sozialdemokratie. Als Antwort auf ihren ersuchten Beschluß, den Marx-Bürgerblut der Mitte beistimmunglos zu unterstützen, erteilt die Sozialdemokratie als Dank einen neuen, wohlappellierten Aufruf von der Deutschen Volkspartei neuzugehen. Sicher, daß die SPD auch einer reinen Rechtsregierung keine außerparlamentarischen Schwierigkeiten bereitet, die in den freien Gewerkschaften organisierten Massen nicht zum Kampf gegen die Diktatur aufrufen wird, hat der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, am Donnerstag, den 20. Januar, in einer Unterbrechung dem geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx ruid heraus erklärt, daß die Deutsche Volkspartei eine Regierung der Mitte mit stiller Bindung an die SPD für eine Unmöglichkeit halte. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei behalte auf Herbeiführung einer gesamt-bürgerlichen Koalition und erwarde, daß er, Dr. Marx, nunmehr die Verhandlungen nach rechts zu den Deutschnationalen überleite, zumal da bereits durch Dr. Curtius die Möglichkeit von Verhandlungen mit Zentrum und Deutschnationalen auf gemeinschaftlicher Verhandlungsgrundlage festgestellt habe und ernsthafte Schwierigkeiten für eine gesamt-bürgerliche Koalition nicht mehr zu überwinden seien.

Unter dem Druck der Zentrumsoberleitung, die gegen den Plan einer Bürgerblutregierung rebelliert, konnte der Führer der Volkspartei Dr. Marx nicht anders handeln, als Hindenburg den Auftrag, die Möglichkeiten einer Regierung der Mitte zu klären, zurückzugeben. In den Kreisen der bürgerlichen Abgeordneten, in denen man sich über das erbärmliche feige Verhalten der SPD allgemein beaufregt, heißt es, daß Hindenburg nunmehr Marx beauftragen wird, Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei wegs Bildung eines Gesamt-bürgerbluts zu führen. Daß Dr. Marx im Hinblick auf die Stimmung in der Zentrumsoberleitung den Auftrag annehmen wird, wird indessen allgemein bezweifelt.

Rechtsblut oder Reichstagsauflösung — früh, Vogel, oder früh, das ist also die Alternative, vor die Hindenburg den Reichstag stellen will in der sicheren Voraussetzung für die

Wort von Geckler die Rede ist. Das Berliner Tageblatt, das gestern noch in der schärfsten Weise gegen eine Rückkehr Gecklers in die Regierung auftrat, drückt diesen Beschluß der Demokraten ohne ein Wort des Kommentars ab. Auch dieses Blatt ist der Ansicht, daß „die Brücken nach links als abgebrochen anzusehen sind“.

Die Tägliche Rundschau spricht die Konsequenzen der gegebenen Lage am klarsten aus, wenn sie schreibt:

„Unter diesen Umständen kann es auch für das Zentrum gar keinen anderen Weg geben, als die Verhandlungen auf das Ziel einer gesamt-bürgerlichen Koalition zu richten. Je früher man damit beginnt, desto besser.“

Der Bürgerblut kommt. Die würdevolle Anbiederung der Sozialdemokraten hat den erhofften Erfolg für die Regierungsbildung der rechten SPD-Führer nicht gebracht. Es kann nur noch erheitend wirken, wenn der sozialdemokratische Pressedienst zu dem vorkommenden Beschluß eine Erklärung zur gemeinsamen Arbeit mit den republikanischen Parteien herausgehen läßt, in der es heißt:

„Die Sozialdemokratie ist entschlossen, Seite an Seite mit den republikanischen Parteien den Kampf auszufechten... Sie ist vom Zentrum in den letzten Tagen zu einer positiven Mitarbeit immer und immer wieder nicht nur aufgefordert, sondern geradezu beschworen worden. (!!) Sie hat geantwortet, daß grundsätzliche Bedenken gegen die Unterzeichnung eines Kabinetts der Mitte nicht bestehen... Soll alles das völlig unmissig gemeint sein?“

Die SPD-Führer haben den Aufruf tausendmal verdient. Wenn sie heute darüber jammern, so wird das die Empörung der Arbeiterschaft gegen diese Schachermethoden nur verstärken. Es gibt keinen anderen Weg, den Bürgerblut mit allen seinen Folgen zu verhindern, als den: die Auflösung des Reichstages zu erzwingen.

Deutschnationalen und Volkspartei, daß die deutsch- und zentrumsdemokratischen Massen doch umfallen und vor dem Diktaturregime der vorkommenden und deutschnationalen Trugschlüssen kapitulieren werden.

Fort mit diesem Reichstag der Impotenz!

Reichstagsauflösung und Neuwahl muß die Antwort der werktätigen Massen auf diese Provokation sein. Unzweifelhaft gilt es, durch große gewaltige Straßendemonstrationen die Reichstagsauflösung zu erzwingen und den Kampf gegen die Diktaturpläne aufzunehmen.

In dieser Situation war es begreiflich, daß im Plenum am Donnerstag wiederum keine Lust zur parlamentarischen Arbeit herrschte. Genosse Rosenberz verlangte zu Beginn der Sitzung, daß sofort die so dringliche Amnestievorlage beraten werde. Aber was scherte den impotenten Reichstag die in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachtenden proletarischen politischen Gefangenen! Was kümmert es ihn, daß Marx Hochz weiter ungeschuldig im Zuchthaus sitzen und zu Tode gemartert werden soll. Durch den üblichen Widerspruch wurde die dringliche Beratung der Amnestievorlage verhindert. Man debattierte dann bei gährender Ecce des Hauses eine Stunde lang über den Gesetzentwurf, über die Gerichtskosten und Gebühren der Rechtsanwaltschaft, der in zweiter und dritter Lesung verabschiedet wurde.

In den Urkas mit diesem impotenten Reichstag!

Der Mietvoucher in Blüte

Die Folgen der Aufhebung des Mieterschutzes

Berlin, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die vereinigten Organisationen der Mieter haben im Preussischen Landtag aufsehenerregendes Material über die Auswirkungen der Aufhebung des Mieterschutzes eingereicht. In Preußen sind bereits 10.000 Kündigungen ausgesprochen, zahlreiche Betriebe um 50 Prozent gezwungen worden, Mietsteigerungen bis zu 600 Prozent auf der Tagesordnung. Unter den Wucherern wird auch der Berliner Magistrat genannt. Über 1000 Wucherfälle mit Mietsteigerungen von 3 auf 20.000, von 4 auf 30.000 Mark sind registriert.

Wahlstiege der Kommunisten in Polen

Warschau, 21. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 16. Januar fanden in der Industriestadt Breslau (Wojewodschaft Warschau) Stadtverordnetenwahlen statt. Sie brachten einen entscheidenden Sieg der revolutionären Arbeiterschaft, die auf der Liste der Arbeitervereine 11 Mandate von insgesamt 24 gewann. Die Sozialdemokratische Partei konnte es nur auf 4 Mandate bringen.

schrieb ich mich als letzter ein. Nach 20 Minuten, in deren Verlauf zwei Mann vorgelassen worden waren, kommt ein Sekretär in das Empfangszimmer, ruft meinen Namen auf und bittet mich, sofort zu Wladimir Iljitsch zu kommen. Ich trete ein. Als erstes fragt mich Wladimir Iljitsch: „Wie lange haben Sie gewartet, bis Sie vorgelassen wurden?“ Ich antworte: „20 bis 30 Minuten.“ Er machte eine vorwurfsvolle Bewegung und sagte: „Ich werde Ihnen eine Methode beibringen, wie Sie das nächste Mal außer der Reihe zu mir kommen können, ohne zu warten, bis ich mit häufig loeren Gesprächen mit verschiedenen Projektmechanikern und sonstigen Publikum dieser Art fertig bin. Lassen Sie mir stets eine persönliche Notiz herbringen.“ Dabei erteilte er dem Sekretär eine sichtbar bereits wiederholte Mahnung: „Ich habe Ihnen doch gesagt, daß Arbeitervertreter stets außer der Reihe zu mir vorgelassen werden sollen.“

(W. Katschmarow — Meine Zusammenkünfte und meine Arbeit mit W. I. Lenin in den Jahren der Revolution, 1920.)

Lenin während seiner Krankheit

Wladimir Iljitsch zeigte in den ersten Tagen eine große Beunruhigung aus Anlaß seiner Erkrankung. An dem Tage meiner Ankunft, sowie an den folgenden Tagen war er in gedrückter Stimmung und glaubte nicht an seine Wieder-gesundung. Außerordentlich bedrückten ihn jene Sprachstörungen und jene Gedächtnisstörungen, die er natürlich nicht umhin konnte, bei eigener Beobachtung zu bemerken. Er war sehr in Angst und Kummer darüber, daß er einige Worte nicht zu finden vermag, daß er einige Gegenstände nicht mit ihrem Namen zu nennen und daß er nicht mehr zu rechnen imstande ist. Ueberaus bekümmert war er z. B., als er eine Margerite und ein Bergkleeblatt sah, jedoch nicht auf die Bezeichnung dieser allbekanntesten Blumen kommen konnte. Er wiederholte häufig: „Das ist eine ungewöhnliche, sonderbare Erkrankung!“ Allen Versicherungen und Berichtigungen gegenüber, daß das sehr bald vorbeigehen muß, verhielt er sich sehr heftig. Mit traurigem Blick und tiefem Seufzer bemerkte er manchmal: „Ja, das wäre gut.“

Ein kurzes Gespräch mit Wladimir Iljitsch hat mich durch keinen tagelangen Verlauf aus tiefste erschüttert. An einem der ersten Tage der Krankheit, abends, sagte mir Maria Iljitsch, daß mich Wladimir Iljitsch zu sprechen wünscht. Ich trat zu ihm ein und setzte mich, nachdem wir zusammen allein geblieben waren, an sein Bett. Wladimir Iljitsch hatte

sich in diesen Tagen wenig verändert. Er war noch ganz derselbe, wie ihn N. I. Bucharin schilderte, als er ihn als „starke, wie gegossen dahinstehende Figur“ bezeichnete. Auch waren die Augen noch dieselben „lebhaften, durchdringenden und aufmerksamen Augen“, jedoch lag in diesen „lebhaften, durchdringenden und aufmerksamen Augen“ eine ungewöhnliche Traurigkeit und eine Konzentriertheit des Gesichtsausdrucks, eine ungewöhnliche Beunruhigung. In seinem Zimmer herrschte tiefe Stille. Wir lagen im Halbdunkel. Wladimir Iljitsch erhob sich leicht, gestützt auf den linken Ellbogen, richte meinem Gesicht ganz nahe und sagte, während er mir aufmerksam und durchdringend in die Augen sah:

„Es sieht wohl schlecht?“
„Warum schlecht, Wladimir Iljitsch?“
„Ja, verstehen Sie denn nicht, daß das furchtbar ist, daß das etwas Anormales ist?“

Ich begann Wladimir Iljitsch nach Möglichkeit zu beruhigen und ihn davon zu überzeugen, daß alles eine zeitweilige und vorübergehende Erscheinung ist, daß alles, was ihn ängstigt — die leichte Störung der Rede, des Gedächtnisses, des Beobachtungsvermögens und der Fähigkeit der Konzentration lauter vorübergehende Störungen der Blutcirculation im Gehirn sind und daß man ihm garantieren könne, daß alles das wieder vergehen wird. Er schüttelte mißtraulich mit dem Kopf und wiederholte mehrere Male: „Eine merkwürdige, ungewöhnliche Krankheit“, legte sich wieder hin und sprach kein Wort mehr. Ich sah noch einige Minuten, wünschte ihm gute Nacht und verließ dann das Zimmer.

Sehr bedrückt fühlte sich Wladimir Iljitsch durch das Verbot, sich mit politischen Geschäften zu befassen. Als ihm aus Anlaß der Mitte Juni eingetretene Besserung erlaubt wurde, nahe Freunde zu sich zu lassen, jedoch unter der Bedingung, daß keine politischen Gespräche geführt werden, antwortete er: „Kun, wenn man nicht am Posten reden darf, dann braucht ich überhaupt keine Befehle.“

Nach einer der Konsultationen, Ende Juni, an der N. A. Semoschko teilnahm, sagte Wladimir Iljitsch:

„Ueber Politik werde ich nicht reden. Aber gestatten Sie mir, N. A. Semoschko, lediglich drei Fragen zu stellen:

Die Fragen waren folgende: 1. Wie steht es mit den Entlassungen? 2. Wie steht es mit der Hoager Konferenz? 3. Was hat es auf sich mit dem Konflikt im Volkskommissariat für Verkehrsweisen, der unbedingt beigelegt werden muß?“